

Beschlußempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/1250, 10/1470 und 10/1540
- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987
(Haushaltsgesetz 1987)

hier: Einzelplan 03 - Innenminister

Berichterstatter Abgeordneter Dorn F.D.P.

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 03 wird mit den
aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Datum des Originals: 15.12.1986/Ausgegeben: 15.12.1986

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen
eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düs-
seldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.

BerichtA Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 03 wurde vom Ausschuß für Innere Verwaltung und teilweise vom Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung beraten. Die Ergebnisse sind in den beige-hefteten Berichten - Vorlagen 10/657 und 10/658 - dargestellt.

B Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß

Das für alle Einzelpläne zusammengefaßte Ergebnis der Beratung des Personaletats in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" und im Haushalts- und Finanzausschuß ist aus dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987 - Drucksache 10/1435 - sowie im einzelnen aus der als Anlage beigefügten Zusammenstellung der Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten zu ersehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich am 11. Dezember 1986 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 03 befaßt.

Dabei beantragte die SPD-Fraktion folgende Änderung:

Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen

Ansatzminderung bei Titel 526 10 - Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten

um 181 000 DM

auf 23 319 000 DM

Begründung

Die Ansatzminderung dient der Deckung von Mehrausgaben (insgesamt 660 000 DM) im Kulturhaushalt - Einzelplan 05 (siehe hierzu Vorlage 10/660, Seiten 3 und 4).

Der Änderungsantrag wurde einstimmig angenommen.

In der Schlußabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Einzelplans 03 unter Einbeziehung der zuvor aufgeführten Änderung im Sachetat mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. zur 2. Lesung an.

Weiss
Vorsitzender

Beigeheftet: Vorlagen 10/657 und 10/658

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministers mit

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

AB 1427

Vorlage



an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987
hier: Einzelplan 03 - Innenminister
- Drucksache 10/1250, 10/1470 und 10/1540 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Innere Verwaltung

Berichterstatter Abgeordneter Frechen SPD

Beschlußempfehlung

Einzelplan 03 - Innenminister - wird mit den aus dem nachfolgenden Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat den Einzelplan 03 des Innenminister in seinen Sitzungen am 25. September und 6. November 1986 erörtert und die Beratungen durch Abstimmung in der Sitzung am 4. Dezember 1986 erledigt. Mit in die Beratungen einbezogen wurden dabei die Vorlagen des Innenministers mit der Übersicht über Planstellen und Stellen für das Haushaltsjahr 1987 (Vorlage 10/557), sowie ein Gesamtüberblick über den Einzelplan 03 (Vorlage 10/570).

Gegenstand der Beratungen waren darüber hinaus die Vorlagen des Innenministers mit zusätzlichen Erläuterungen zu den Etatsätzen für die Bezirksplanungsräte im Haushaltsentwurf 1987 (Vorlage 10/606), eine Darstellung der Bewirtschaftung der Stellen für den Polizeivollzugsdienst (Vorlage 10/629), die alljährlich zu erstellende Übersicht über die im Polizeivollzugsdienst geleistete Mehrarbeit und deren Ausgleich (Vorlage 10/687), sowie eine Stellungnahme zu den Auswirkungen der Zusammenlegung der Stellenpläne der Schutz- und Kriminalpolizei (Vorlage 10/764). Zu den Haushaltsberatungen lagen darüber hinaus vor eine Zuschrift der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, Landesverband Nordrhein-Westfalen, vom 6. August 1986 mit den Erwartungen und Forderungen zum Polizeietat 1987 (Zuschrift 10/485), eine Dokumentation des Bundes Deutscher Kriminalbeamter zur Verbrechensbekämpfung (Zuschrift 10/505), ein Forderungskatalog der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen (Zuschrift 10/544), sowie eine Stellungnahme der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund zum Landeshaushalt 1987 (Zuschrift 10/595).

Obwohl der Landtag durch Beschluß vom 18. September 1986 das Haushaltsgesetz mit der Maßgabe an die Fachausschüsse überwiesen hat, daß die Beratung des Personalhaushalts im Haushalt- und Finanzausschuß erfolgen soll, hat der fachlich zuständige Ausschuß für Innere Verwaltung auch diesen Bereich beraten und über Änderungsanträge im Personalhaushalt abgestimmt.

Die CDU-Fraktion nimmt an, daß die Stellenplanobergrenzenverordnung durch die Bundesregierung in naher Zukunft eine Änderung erfährt, was zu einer Verbesserung der Besoldungssituation im Polizeivollzugsdienst führen könnte. Damit die Verordnung eine Ausschöpfung durch den Landesgesetzgeber erfährt regt die CDU an zu überlegen, ob in § 7 Abs. 11 des Haushaltsgesetzes folgende Ermächtigungen aufgenommen werden sollte:

"Der Finanzminister wird ermächtigt, mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses Planstellen für Beamte der Laufbahngruppen des mittleren Polizeivollzugsdienstes zu heben, wenn die durch Verordnung der Bundesregierung vom 23. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2165) für dies Laufbahngruppe festgesetzten Obergrenzen für die Anteile der Beförderungssämter geändert werden."

Die Bitte um Prüfung durch den Haushalts- und Finanzausschuß fand einhellige Zustimmung.

Zur 2. Lesung kündigte die CDU-Fraktion einen Entschließungsantrag an mit dem sie die Landesregierung auffordern will,

- unverzüglich eine objektive Bestandsaufnahme hinsichtlich der derzeit stattfindenden Aufgabenerfüllung bei Schutzpolizei und Kriminalpolizei zu erstellen und vorzulegen, um bestehende Defizite zu dokumentieren,

- auf der Basis dieser Bestandsaufnahme eine Prognoseentscheidung hinsichtlich der künftigen Aufgabenstellung der Polizei zu treffen und vorzulegen, sowie
- die zukünftige Bedarfsplanung im Hinblick auf Personal und sachliche Ausstattung so zu gestalten und zu realisieren, daß die Polizei in die Lage versetzt wird, ihre Aufgaben im Interesse der Bürger unseres Landes angemessen und sachgerecht zu erfüllen.

Die Fraktionen kamen überein, den Inhalt des Entschließungsantrages plenar in 2. Lesung zu debattieren und dabei auch auf die Einzelheiten einzugehen.

B Einzelberatung

Personaltitel

Kapitel 03 010

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)

Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

Die F.D.P.-Fraktion stellte den Antrag diese beiden Haushaltsansätze um insgesamt 500 000 DM zu kürzen. Die beiden Kürzungsanträge sind Teil eines Gesamtpakets von Kürzungen, die der Finanzierung des von der Fraktion vorgelegten Entschuldungsgesetzes dienen soll; der Antrag wurde wie alle übrigen Kürzungsanträge der F.D.P. mit den Stimmen der SPD gegen die Stimme der F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.

Kapitel 03 110

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)

Die F.D.P.-Fraktion hält auch im Interesse des Selbstverständnisses die Trennung der Stellenpläne zwischen Schutz- und Kriminalpolizei für erforderlich. Die in der letzten

Wahlperiode beschlossene Zusammenlegung habe keine Probleme beseitigt, sondern zu Revalitäten geführt. Nach Ansicht der SPD-Fraktion sind die Gründe, die zur Zusammenlegung geführt haben, nach wie vor zwingend. Sie lehnte deshalb den Antrag der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der Opposition- Fraktionen ab.

Kapitel 03 350

Titel 427 10 - Vergütung für nebenamtliche und
nebenberufliche Tätigkeit

Auch der Kürzungsantrag der F.D.P.-Fraktion in Höhe von 850 000 DM zum obigen Titel wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimme der F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.

Sachtitel

Kapitel 03 110

Titel 685 20 - Entwicklungsvorhaben "Polizeitypische Waffe"

Gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. wurde beschlossen, bei der Zweckbestimmung die Worte "und Atemalkoholanalyse" zu ergänzen. Mit dem gleichen Votum wurde beschlossen, die Erläuterungen wie folgt neu zu fassen:

"Nach dem Beschluß der Innenministerkonferenz vom 3. Oktober 1986 ist die bald mögliche Bestimmung einer eigenen Meßgröße für den Nachweis der Atemalkoholkonzentration dringend erforderlich. Hierzu soll ein Gutachten unter dem Arbeitstitel "Atemalkoholanalyse" vom Bundesgesundheitsamt erstellt werden. Die Kosten belaufen sich auf 1. 010. 700 DM und werden entsprechend dem Finanzierungsschlüssel über die Polizeiführungsakademie auf Bund und Länder umgelegt. Danach hat Nordrhein-Westfalen einen Anteil bis 219 300 DM zu tragen".

Die SPD-Fraktion ist zusammen mit dem Innenminister der Meinung, den Finanzierungsanteil aus dem Ansatz für das Entwicklungsvorhaben "Polizeitypische Waffe" zu entnehmen. Das von allen Ländern zur Optimierung der Atemalkoholanalyse befürwortete Gutachten wurde auch von den Oppositionsfraktionen grundsätzlich begrüßt, sie plädierten allerdings dafür, die Mittel für die Entwicklung der polizeitypischen Waffe nicht ganz zu streichen, da dieses Vorhaben bisher noch nicht als abgeschlossen betrachtet werde.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. angenommen.

Kapitel 03 110

Titel 747 00 - Baumaßnahmen im Unterkunftsbereich der Bereitschaftspolizei - Abteilung VII
"Erich Klausener" in Schloß Holte-Stukenbrock -
17. Teilbetrag -

Einstimmig angenommen wurde ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion, bei der Zweckbestimmung folgenden Vermerk auszubringen:

"Minderausgaben bei den Ausgaben der Hauptgruppe 7 dürfen für diese Maßnahmen eingesetzt werden."

Die antragstellende Fraktion möchte durch diesen Vermerk sichergestellt wissen, daß die Baumaßnahmen im Unterkunftsbereich der Bereitschaftspolizeiabteilung VII im Jahre 1987 zügig fortschreiten können. Die SPD-Fraktion will zugleich durch diesen Vermerk sicherstellen, daß die in Hauptgruppe 7 pauschalierten Minderausgaben entsprechend dem Willen des Parlaments eingesetzt werden. Die CDU-Fraktion stimmte dem Antrag in der Zielrichtung zu. Sie merkte an, daß sie bereits mehrfach den Rückfluß der Haushaltsreste "am

Parlament vorbei "angemahnt habe, zeigte sich aber mit der Zielsetzung des Antrags einverstanden.

Kapitel 03 110

Titel 769 30 - Neubau für die Polizeistation
Kalkar - 3. Teilbetrag -

Einstimmig wurde beschlossen, bei der Zweckbestimmung den gleichen Vermerk anzubringen wie zuvor bei der Baumaßnahme in Schloß Holte-Stukenbrock. In die Zweckbestimmung ist deshalb als Vermerk aufzunehmen: "Minderausgaben bei den Ausgaben der Hauptgruppe 7 dürfen für diese Maßnahme eingesetzt werden."

Auch dieser Vermerk soll nach dem Willen der Regierungsfraktion gewährleisten, daß der Neubau in Kalkar zügig fortschreiten kann.

Kapitel 03 110

Titel 754 00 - Neubau für die Polizei in Viersen

Einstimmig angenommen wurde darüber hinaus die Anregung der Regierungsfraktion, die Landesregierung aufzufordern, dafür zu sorgen, daß das notwendige Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung gestellt werden, damit Mitte 1987 mit dem Neubau des Polizeigebäudes in Viersen begonnen werden kann. Nach Ansicht der SPD-Fraktion reichen die in Ansatz gebrachten 200 000 DM nicht aus, weshalb sie eine politische Absichtserklärung gegenüber der Landesregierung abgeben möchte, die sicherstellt, daß tatsächlich im nächsten Jahr mit der Baumaßnahme begonnen wird. Die CDU-Fraktion und auch die F.D.P.-Fraktion stimmten den Antrag zu, zumal auch nach ihrer Kenntnis der Neubau für die Polizei in Viersen dringend notwendig ist. Da jedoch alle Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 14 gebündelt

seien, bedürfe es im Prinzip nicht der Aufforderung seitens des Parlaments. In der Sache stimme sie allerdings dem Anliegen der Regierungsfraktion zu.

Eine Vielzahl weiterer Kürzungsanträge zu den Sachtiteln legte darüber hinaus die F.D.P.-Fraktion vor, die nachstehend aufgeführt sind und über die insgesamt abgestimmt wurde:

Kapitel 03 010 - Ministerium

Titel 515 10 - Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke Kürzung um 82 000 DM

Titel 518 20 - Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge Kürzung um 160 000 DM

Titel 522 00 - Verbrauchsmittel Kürzung um 5 000 DM

Kapitel 03 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 525 10 - Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten Kürzung um 20 000 DM

Titel 531 00 - Öffentlichkeitsarbeit Kürzung um 20 000 DM

Titel 539 00 - Ausgaben für kulturelle Veranstaltungen Streichung des Ansatzes von 115 000 DM

Titel 812 60 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen Kürzung um 450 000 DM

Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen

Titel 512 10 - Bücher und Zeitschriften Kürzung um 70 000 DM

Titel 515 12 - Fernmelde- und Funkanlagen Kürzung um 258 000 DM

Titel 527 10 - Reisekostenvergütungen für Dienstreisen Kürzung um 350 000 DM

Titel 546 30 - Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen Kürzung um 191 000 DM

Titel 546 40 - Kosten für die Werbung und Einstellung von Nachwuchskräften Kürzung um 200 000 DM

Kapitel 03 310 - 5 Regierungspräsidenten

Titel 511 10 - Geschäftsbedarf Kürzung um 71 000 DM

Titel 515 10 - Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke Kürzung um 482 000 DM

Titel 518 20 - Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge Kürzung um 552 000 DM

Titel 522 00 - Verbrauchsmittel Kürzung um 139 000 DM

Titel 537 10 - Erstellung von Gutachten und Planungsunterlagen Kürzung um 50 000 DM

- Titel 712 30 - Umbauarbeiten am Regierungs-
dienstgebäude Düsseldorf -
10. Teilbetrag - Kürzung um 1 000 000 DM
- Titel 812 10 - Erwerb von Geräten, Aus-
stattungs- und Ausrüstungs-
gegenständen im Inland Kürzung um 1 704 000 DM
- Kapitel 03 320 - Institut für Öffentliche Verwaltung Nord-
rhein-Westfalen
- Titel 713 00 - Modernisierungs- und Ausbau-
maßnahmen am Dienstgebäude
des Instituts - 2. Teil-
betrag - Kürzung um 1 000 000 DM
- Kapitel 03 350 - Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung in
Gelsenkirchen
- Titel 713 00 - Erweiterung des Dienstgebäudes
FHSÖV in Gelsenkirchen
- 2. Teilbetrag - Streichung des Ansatzes von
2 000 000 DM
- Kapitel 03 370 - Fortbildungsakademie Attendorn
- Titel 812 00 - Erwerb von Geräten, Ausstat-
tungs- und Ausrüstungs-
gegenständen Kürzung um 40 000 DM
- Kapitel 03 410 - Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen
- Titel 712 00 - Erweiterungsbau des Dienst-
gebäudes des LVA - 7. Teil-
betrag - Kürzung um 1 200 000 D

Kapitel 03 610 - Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen Düsseldorf

Titel 714 20 - Sanierung der Fassade des
Dienstgebäudes Mauerstraße 51
- 3. Teilbetrag - Kürzung um 760 000 DM

Kapitel 03 620 - Gemeinsame Gebietsrechenzentren Köln und Hagen

Titel 513 10 - Rundfunk-, Post- und Fernmelde-
gebühren Kürzung um 300 000 DM

Titel 517 10 - Bewirtschaftung der Grund-
stücke, Gebäude und Räume Kürzung um 200 000 DM

Titel 522 00 - Verbrauchsmittel Kürzung um 250 000 DM

Titel 525 10 - Aus- (und Fort)bildung
der Bediensteten Kürzung um 100 000 DM

Titel 538 00 - Ausgaben für Datenver-
arbeitung Kürzung um 165 000 DM

Kapitel 03 820 - Landesrentenbehörde Nordrhein-Westfalen Düsseldorf

Titel 513 10 - Rundfunk-, Post- und Fernmelde-
gebühren Kürzung um 20 000 DM

Sämtliche Kürzungsanträge wurde mit den Stimmen der SPD
gegen die Stimme der F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU
abgelehnt.

Die Kürzungsanträge sollen nach dem Willen der F.D.P.-Fraktion die Mittel für das am 18. September 1986 in 1. Lesung eingebrachte Entschuldungsgesetz bereitstellen und so zur notwendigen Konsolidierung der Finanzen sowie helfen, die Schuldenaufnahme zu verringern. Die F.D.P.-Fraktion hofft, sich hierdurch größere Perspektiven politischen Handelns schaffen zu können.

Die CDU-Fraktion enthielt sich der Stimmen bei allen beantragten Kürzungen, da nach ihrer Einschätzung einige Kürzungsvorschläge durchaus sinnvoll erscheinen, andere aber weniger plausibel und nicht nachvollziehbar seien.

Die Regierungsfraktion lehnte sämtliche Kürzungsanträge ab, weil nach ihrer Einschätzung und Prüfung der Einzelplan 03 des Innenministers insgesamt sehr knapp bemessen sei und die dringend notwendigen Ansätze Kürzungen nicht zuließen. Aus dem gleichen Grunde wollte sie auch die Erhöhung des Ansatzes

Kapitel 03 110

Titel 812 60 - Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen

um 1 120 000 DM mit dem Ziel des Ausbaus der automatisierten Daten- und Vorgangsbearbeitung nicht zulassen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung der CDU gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 03 mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. mit den beschlossenen Änderungen angenommen.

Pohlmann

Vorsitzender

3.12.1986

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

10. Wahlperiode

C 1

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

VORLAGE

10/ 658

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987

hier: Einzelplan 03 - Innenminister

- Drucksachen 10/1250, 10/1470 und 10/1540 -

**Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung**

Berichterstatter Abgeordneter Gorlas SPD

Beschlußempfehlung

Dem Entwurf des Einzelplans 03 wird unverändert zugestimmt.

C

Bericht

Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung hat die in seinem Zuständigkeitsbereich fallenden Titel für Fachpersonal bei den Regierungspräsidenten als Bezirksplanungsbehörden, für Bezirksplanungsräte sowie für die Bezirksplanung (Titel 422 10, 425 10, 426 10, 525 10, 526 00, 531 20, 535 00 und 537 10 des Kapitels 03 310) am 24. September und 3. Dezember 1986 beraten.

Ergebnis der Beratungen

Der Ausschuß stimmte den Ansätzen ohne Änderung mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und F.D.P. zu.

Hegemann
Vorsitzender

Anlage zu Drucksache 10/1423

DA

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1987

Einzelplan 03: Innenminister

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Einzelplan 03: Innenminister

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
03 110	Polizeibehörden			
526 10	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	23 500 000	- 181 000	23 319 000
685 20	Entwicklungsvorhaben "Polizeitypische Waffe" und "Atemalkoholanalyse"			
	<u>Die Erläuterungen erhalten folgende Fassung:</u> Nach dem Beschluß der Innenministerkonferenz vom 3. Oktober 1986 ist die bald mögliche Bestimmung einer eigenen Meßgröße für den Nachweis der Atemalkoholkon- zentration dringend erforderlich. Hierzu soll ein Gut- achten unter dem Arbeitstitel "Atemalkoholanalyse" vom Bundesgesundheitsamt erstellt werden. Die Kosten be- laufen sich auf 1.010.700 DM und werden entsprechend dem Finanzierungsschlüssel über die Polizei-Führungs- akademie auf Bund und Länder umgelegt. Danach hat Nordrhein-Westfalen einen Anteil bis 219 300 DM zu tragen.			
747 00	Baumaßnahmen im Unterkunftsbereich der BPA VII im Schloß Holte-Stukenbrock	200 000		200 000

neuer Haushaltsvermerk:

Minderausgaben bei den Ausgaben der Hauptgruppe 7
dürfen für diese Maßnahmen eingesetzt werden.

Einzelplan 03: Innenminister
 Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
03 110				
769 30	Neubau für die Polizeistation Kalkar	100 000	-	100 000
	<u>Neuer Haushaltsvermerk:</u>			
	<u>Minderausgaben bei den Ausgaben der</u>			
	<u>Hauptgruppe 7 dürfen für diese Maßnahme</u>			
	<u>eingesetzt werden.</u>			
03 610	Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik			
Titelgruppe 80	Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung			
425 80	Bezüge der Angestellten	15 018 000	- 15 018 000	-
427 80	Bezüge der Angestellten		+ 15 018 000	15 018 000
	Abschluß Einzelplan 03:			
	Einnahmen	449 614 700	-	449 614 700
	Ausgaben	3 999 496 600	- 181 000	3 999 315 600
	Verpflichtungsermächtigungen	69 610 000	-	69 610 000

Einzelplan 03: Innenminister

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Bes.Gr. Verg.Gr. Lohn.Gr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
---------------------------------	--	---------------------------------	-------------------------	------------------

A 9 03 110 Polizeibehörden
422 10 Bezüge der Beamten

Regierungsinspektor

Ergänzung des Haushaltsvermerks:
sowie 1 (-) kw (§ 26 Abs. 4 Schwerbe-
hindertengesetz)

50

+ 1

A 7

Polizeimeister

neue Fassung des Haushaltsvermerks:
gebündelt mit Bes.Gr. A 6 - Polizei-
hauptwachtmeister -

8 682

8 682

D4

Vb/Vc BAT

425 10 Bezüge der Angestellten

Dienstort 02

neue Fassung der Erläuterungen:

zu Verg.Gr. Vb/Vc BAT, Dienstort 02: 3 (0) Stellen kw § 42 LPVG

139

- 1

138

Einzelplan 03: Innenminister

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Bes.Gr. Verg.Gr. Lohn.Gr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
A 16	03 310 5 Regierungspräsidenten 422 10 Bezüge der Beamten Leitender Regierungsschulldirektor - als Dezernent (Referent) in der Schulaufsicht auf Bezirksebene - <u>Erweiterung des Haushaltsvermerks:</u> - davon 4 (-) ku ab 1.1.1988 nach Bes.Gr. A 15	137	+ 4	141
A 15	Regierungsschulldirektor - als Dezernent (Referent) in der Schulaufsicht auf Bezirksebene -	76	- 4	72

05

Einzelplan 03: Innenminister

Anlage 2:

Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Bes.Gr. Verg.Gr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
	Titelgruppe 80 Abwicklung des Härtefonds für nichtjüdische Verfolgte			
	425 10 Bezüge der Angestellten			
IVb/Vb BAT	Dienststart 01	10	- 6	4
Vb/Vc BAT	Dienststart 01	6	- 4	2
Vib/VII BAT	Dienststart 02	9	- 6	3
VII/VIII BAT	Dienststart 02	3	- 1	2
VII/VIII BAT	Dienststart 03	4	- 3	1
	03 350 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung			
	422 10 Bezüge der Beamten			
	Leerstellen			
C 3	Professor	-	+ 1	1
C 2	Professor	1	- 1	-
	03 750 Landesfeuerwehrschule			
	422 10 Bezüge der Beamten			
A 11	Regierungsamtman			
A 9	Regierungsinspektor	8	+ 1	9
	Der Haushaltsvermerk Nr. 2 entfällt.	1	- 1	-

D6

Einzelplan 03: Innenminister

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Bes.Gr. Verg.Gr. Lohn.Gr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
	03 820 Landesrentenbehörde			
	425 10 Bezüge der Angestellten			
Vib/VII BAT	Dienstort 02	20	- 2	18
VII/VIII BAT	Dienstort 03	15	- 2	13
	Personalsoll Einzelplan 03:			
	Planmäßige Beamte	44 316	+ 1	44 317
	Beamtete Hilfskräfte	704	.	704
	Angestellte	8 192	- 5	8 187
	Arbeiter	1 901	-	1 901
	Titelgruppen:			
	Angestellte	408	- 20	388
	Arbeiter	95	-	95
	Insgesamt	55 616	- 24	55 592